

Mr. 29.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Bosen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Sonnabend, 12. Jannar
(Erscheint täglich drei Mal.)

Inserate 20 Pf., die festgeschaltene Bettzelle oder deren Raum, Reklamen die Bettzelle 50 Pf., find an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1878

Am t l i d e s.

Berlin, 11. Januar. Der König hat dem Ober-Steuer-Inspcctor, Steuer-Rath von Kadowitz zu Plessnitz den R. Ad.-Ord. 3. K. mit der Schleife; dem Hofwirthschafter Richard Krause in aus Schwebelin a. W., im Kreise Birnbaum, zur Zeit in Hamburg, die Rettungs-Medaille am Bande verliehen, den Fideikommissbesitzer Carl Felix Waldeemar von Behr auf Behrenhof, im Kreise Greifswald, in den Grafenstand versetzt; sowie den Reg.-Räthen Schoenemann zu Bösitz, König zu Münster, von Breitenbach zu Werseburg und Erleben zu Aurich den Charakter als Geh. Reg.-Rath verliehen.

Depeschen über den Krieg im Orient.

H. Von den Kriegsschauplätzen.

Petersburg, 11. Jan. Ein offizielles Telegramm aus Romtscha, den 10. d., meldet folgende Details über die Besetzung des Trajan-
passes:

Eine in der Nacht vom 4. auf den 5. ausgeführte Reconnaissance erwiebs die Unmöglichkeit eines Frontalangriffs auf den „Adlerneß“ genannten Felsen. Dicht am Fasse befand sich die Hauptredoute, nämlich davon 3 weitere, durch Laufgräben verbundene Redouten. Wie sich später ergab, waren die Befestigungen von 3 Tabors Nizams, 2 weitrtragenden Gebirgsgeschützen und 100 Eskerjetsen besetzt. Beabs. Einnahme der Position rückte Oberst Grefoss in der Nacht zum 7. dieses mit 2 Bataillonen Infanterie, 1 Bataillon Schützen und 5 Sotnien des 50. Don'schen Kosaken-Regiments über einen kaum passbaren Gebirgspfad vor, stieg am 7. dieses Monats Nachts 2 Uhr gegen Kornar vom Gebirge herunter, vertrieb die Türken aus ihren Stellungen und warf ein von Karlowa zur Verstärkung herankommendes Bataillon Nizams zurück dessen Fahne erobert wurde. Der Bataillonschef und 40 Soldaten wurden gefangen genommen, alle übrigen, bis auf einige wenige, denen es gelang, zu entfliehen, fielen. Außerdem erbeutete Oberst Grefoss 80 Transportwagen, Proviantvorräthe, Patronen, warme Kleidungsstücke und eine Anzahl Zelte. Gegen 11 Uhr Morgens rückte General Karzoff, von der Bewegung Grefoss's unterrichtet, mit den übrigen Truppen vor. Major Duchnowsky erklärte mit dem 2. Bataillon des 9. Infanterie-Regiments die Redoute „Adlerneß“, wo ein Gebirgsgeschütz und ein großer Vorrath von Patronen und anderer Munition gefunden wurde. Um 1 Uhr Nachmittags hatten sich die Hauptkräfte des Generals Karzoff bei Tele mit der Kolonne Grefoss's vereinigt und begannen die Verfolgung des in Unordnung südwärts fliehenden Feindes. In Tele und Kornar wurden große Proviantvorräthe und eine Anzahl Vieh erbeutet. Die Türken ließen in den Befestigungen am Baf und auf der Straße nach Tele über 300 Leichen, ungeredet die bei Kornar im Kampfe mit der Kolonne Grefoss's gefallene Mannschaft. Der Verlust der Russen betrug 1 Offizier, 25 Mann todt, 1 Offizier, 26 Mann verwundet, 3 Mann vermißt. Mit welchen Schwierigkeiten der Balkanübergang durch den Trajanspaß verbunden war, geht u. A. aus daraus hervor, daß ein Pfündiges Geschütz auseinandergenommen und auf Schlitten gelegt wurde, die durch Kompagnien des 9. Infanterie-Regiments und 1 Sotnie Kosaken den Berg hinaufgeschleppt wurden, wobei eine Kompagnie Sappeure voringang und einen Weg bahnte. Der Uebergang auf der 12 Werst langen Straße dauerte 48 Stunden.

Petersburg, 11. Januar. Offizielles Telegramm aus Potoscha vom 10. d.: Zur Berichtigung früherer Telegramme wird gemeldet, daß der Kampf bei der Brücke über den Zsker auf der Straße nach Sofia nicht am 2. d. sondern am 3. d. stattgefunden hat und daß Sofia von unseren Truppen nicht am 3. d. sondern am 4. d. besetzt worden ist. Euleiman Pascha traf am Tage des Kampfes von Tschikiseu in Sofia ein und begab sich am 1. d. nach Philippopol. Zwei Stunden nach der Abreise Euleiman Paschas wurde das Dorf Genitschen durch aschranatische Dragoner besetzt. In Sofia hatten die Türken gegen 1600 Schwerverwundete und Sterbende zurückgelassen. General Gurko, welcher ohne Train von den Bergen heruntergestiegen war, sah sich hierdurch in eine sehr schwierige Lage versetzt. — Die von dem General Dellinghausen in die Ebene des Schwerej-Flusses abgesandten Kolonnen, welche diese Ebene von Paschiboguzs säubern sollten, hatten am 7. d. den ganzen Tag hindurch Geplänkel mit dem Feinde, vertrieben die Paschiboguzs aus mehreren Dörfern, zündeten dieselben an und nahmen die daselbst vorgefundenen Vorräthe mit. Der Verlust der Unsrigen betrug 1 Offizier und 24 Soldaten verwundet und 7 Soldaten todt. — Das Detachement des Obersten Krassowsky zerstörte die Telegraphenverbindung zwischen Starorjeka und Ösmambazar. Eine fliegende Kolonne dieses Detachements wurde abgesandt, um die Verbindung zwischen Starorjeka und Kotel zu unterbrechen. Das Detachement des Oberst Schulgin besetzte den Tmaribigapaz. Dasselbe mußte sich den Weg durch tiefen Schnee bahnen und die von den Türken zerstörte Brücke wieder herstellen. Von dem Oberst Schulgin abgesandte Freiwillige fanden den Berg Baba von den Türken verlassen. Auf dem Berge Schwertinal trafen sie dagegen auf ein besiegtes türkisches Bager. Nachdem sie dieses in Alarm gesetzt hatten, kehrten sie zu ihrem Detachement zurück.

Wien, 11. Januar. Telegramm der „Presse“. Aus Siskowo von gestern: Der ganze obere Lauf der Tundschä ist in den Händen der Russen. In Tulowko stehen 88,000 Mann, welche die Operationen gegen die Linie Tschirpan-Gefikagora fortsetzen, um das Marzathal zwischen Philipopol und Fermanlu zu erreichen.

Wien, 11. Jan. Die „Polit. Korresp.“ meldet aus Belgrad von heute: Die Serben haben nach fünftägigen heftigen Kämpfen vorgestern und gestern, unter sehr beträchtlichen Verlusten, Goriza, Vinikund alle die um die Festung Nisch beherrschenden Höhen erstimt. In Folge dessen hat Nisch heute Morgen kapitulirt, die Serben sind Mittags in die Festung eingerückt.

Konstantinopel, 11. Januar. Auf die an Rußland gerichtete Mitteilung der Pforte, in welcher Verhandlungen wegen eines Waffenstillstandes beantragt werden und zugleich Mehemed Ali als Unterhändler bezeichnet wird, ist von Rußland eine den Empfang be-

stättigende Erwiderung eingegangen, in welcher gleichzeitig dem Verlangen Ausdruck gegeben wird, daß mit dem Abschluß des Waffenstillstandes die Basen für die Friedensbedingungen festgestellt sein sollen. Die Antwort der Pforte hierauf liegt dem Ministerrath noch vor.

Konstantinopel, 10. Januar. Die Deputirtenkammer hat beschlossen, die Regierung aufzufordern, sie möge den Gouverneuren in den Provinzen die nöthigen Weisungen ertheilen, damit die im vergangenen Jahre votirten Gesetze durchgeführt werden.

III. Internationale Beziehungen.

Wien, 11. Januar. Anderweitigen Meldungen entgegen, geht der „Polit. Korresp.“ aus Athen von heute die Mittheilung zu, es seien in Folge der bekannt gewordenen Nachrichten über das Vortreiben russisch-türkischer Waffenstillstands-Verhandlungen erhebliche Differenzen im Ministerrathe eingetreten. Ein Theil des Kabinetts neige sich gerade wegen der eingetretenen Wendung einer energischen Politik zu, während wieder andere Mitglieder des Kabinetts auch fernerhin die Haltung Griechenlands von der englischen Politik abhängig gemacht zu sehen wünschten. Die Differenzen im Kabinet seien so bedeutend, daß man dieselben nur durch die persönliche Intervention des Königs beigelegt zu sehen hoffe. Inzwischen sei der kriegerische Geist der Bevölkerung durch die neuesten Ereignisse derart angefaßt, daß zahlreiche Freischaren nach Kreta und Mazedonien aufgebrochen seien.

Brief- und Zeitungsberichte.

Berlin, 11. Januar.

— Auf die von der Stadtverordneten-Versammlung an den Kaiser und den Kronprinzen gerichteten Neujahrsgedächtnisse sind nachstehende Antworten ergangen:

Die Verflöcherung treuer und hingebender Gefinnung, welche Wir beim Beginn des neuen Jahres die Stadtverordneten Meiner Hauptstadt und Residenzstadt Berlin entgegengebracht haben, sind Meinem Herzen sehr angenehm gewesen, indem Ich aus ihnen von Neuem habe entnehmen können, wie gern die Stadtverordneten bemüht sind, die Beziehungen der berliner Bürgerschaft zu Mir und Meinem künftigen Hause zu pflegen und immer glücklicher zu gestalten. In dieser Auffassung bin ich insbesondere auch durch die Theilnahme bekräftigt worden, welche die Stadtverordneten Meinem Hause angesichts der in demselben in näher Zeit vollziehenden neuen Familienverbindungen mit befreundeten deutschen Fürstenhäusern Namens der berliner Bürgerschaft widmen. Gern erwidere Ich daher die in der Adresse vom 1. d. zum Ausdruck gelangten Segenswünsche dankend mit der Versicherung, daß es stets mein Bestreben sein wird, den Interessen des Gemeinwels von Berlin ihrer Bedeutung entsprechend Meine fördernde Unterstützung zuzuwenden.

Berlin, den 5. Januar 1878. gez. Wilhelm.
An die Stadtverordneten von Berlin.

Die Stadtverordneten haben aus Anlaß des Jahreswechsels Mir und den Meinigen herlichen Antheil bezeigt und Uns durch den Ausdruck ihrer guten Wünsche zu aufrichtigem Danke verpflichtet. Wie die Kronprinzessin, meine Gemahlin, und Ich selbst nicht aufhören werden, der Hauptstadt Unsere lebhafteste Fürsorge zu schenken, so werden auch unsere Kinder sich allezeit ihre anhängliche Gesinnung an Berlin und seine Bürgerchaft bewahren.

— Der „Wefer-Z.“ geht von hier die nachstehende Auseinander-
setzung über die immer mehr verringerte Bedeutung des Reichs-
finanzamtes zu:

Seit der Einbringung eines besonderen „Etats für den Reichskanzler und dessen Zentralbureau“ hat der Etat des Reichskanzleramts, an dessen Spitze der Reichskanzler bisher figurirte, seine auszeichnende Stellung gänzlich verloren. Das Reichskanzleramt hat aufgehört, das Amt des Reichskanzlers zu sein; es ist nimmehr nur noch ein Fachministerium, wie jedes andere, etwas komplizirter, etwas reichhaltiger; aber es ist dem Reichskanzler in derselben Weise untergeordnet, wie etwa das Reichs-Justizamt oder das Reichs-Eisenbahnamt oder das Reichskanzleramt für Elsaß Lothringen oder das General-Postamt, vier Ämter, welche in den letzten Jahren von dem ursprünglich als Zentralamt fungirenden Reichskanzleramte losgetrennt und demselben, dem sie bis dahin untergeordnet waren, nun beigeordnet worden sind. Und wenn nicht alles trägt, wird sehr bald zu dem 15. Spezialetat, der eigentlich unter den Anlagen zum Reichshaushaltsetat die erste Stelle einnehmen sollte, anstatt des Etats des Reichskanzleramts ein 16. kommen, der Etat des Reichsfinanzamts. Bis jetzt bildet die Finanzabtheilung einen Theil des Reichskanzleramts, mit einem eigenen Direktor an der Spitze; aber wenn, wie es die Absicht zu sein scheint, in Zukunft der preussische Finanzminister gleichzeitig der Leiter der Reichsfinanzverwaltung sein soll, so muß die Finanzabtheilung aus dem Reichskanzleramte ausgeschieden und als besonderes Reichsamt, als Reichsschatzamt, selbstständig unter einem nur dem Reichskanzler untergeordneten Chef gestellt werden. Dann würde dem Präsidenten des Reichskanzleramtes, nach der jetzigen Geschäftsvertheilung, ein Wirkungsfreis übrig bleiben, der natürlich innerhalb der durch die Reichsverfassung gesetzten Schranken dem Ministerium des Innern entspräche, d. h. Funktionen eines Ministers des Innern, aber ohne eine eigentliche Verwaltung, so daß die thatsächliche Stellung des Präsidenten des Reichskanzleramtes in einem nahezu förmlichen Verhältnisse zu dem pomphaften Titel stehen würde. Ist doch namentlich durch die Errichtung des Reichs-Justizamtes nicht nur der Geschäftsfreis des Reichskanzleramts - Präsidenten wesentlich beschränkt worden, derselbe hat außerdem gerade auf den wichtigsten Gebieten die gesetzgeberische Initiative eingebüßt. So hat er es noch ganz neuerdings erleben müssen, daß er in allen Fragen, welche auch nur von fern juristische Verhältnisse berühren, angewiesen wurde, die Zustimmung des Reichsjustizamtes einzuholen, beispielsweise bei legislativen Vorschlägen auf dem Gebiete der Geschäftsvertheilung - Angelegenheiten. Das nahezu einzige Vorrecht, in dessen Besitz der Präsident des Reichskanzleramts, der zu Delbrücks Zeiten recht eigentlich der Leiter der gesamten Reichsverwaltung war, heute noch ist, besteht in der ihm übertragene Ver-

treten des Reichskanzlers im Vorfige des Bundesrathes und im Verkehre zwischen Reichskanzler und Bundesrath. Aber diese Uebersetzung kann ja in jedem Augenblicke zurückgenommen werden und sie wird es ohne Zweifel, sobald der Plan zur Ausführung kommt dem Reichskanzler einen ständigen Vertreter in der Person eines Vizekanzlers zu geben. Ein solcher Plan ist allerdings leichter zu entwerfen als auszuführen, denn zur Durchführung desselben genügt nicht eine kaiserliche, von dem Reichskanzler gegengezeichnete Verordnung und die Bewilligung der erforderlichen Geldmittel im Reichshaushalte. Sollte der Vertreter des Reichskanzlers, der künftige Vizekanzler mehr sein als der Chef des Zentralsbüreaus des Reichskanzlers, soll er in der That den Reichskanzler als solchen vertreten, so muß er auch die Verantwortlichkeit übernehmen können, welche verfassungsmäßig bisher dem Reichskanzler allein obliegt. Mit anderen Worten: Da der Vizekanzler für die in Vertretung des Reichskanzlers gestifteten Geschäfte ein verantwortlicher Reichsbeamter sein muß, so bedarf es zur Ernennung eines solchen einer *Abänderung* der Reichsverfassung, d. h. eines Gesetzes, zu dessen Ablehnung im Bundesrathe 14 verneinende Stimmen hinreichen. Ob diese 14 Stimmen im Bundesrathe zu finden sein würden, das ist eine Frage, die sich nicht von vornherein verneinen läßt, namentlich dann nicht, wenn jener Antrag auf Abänderung der Reichsverfassung im Zusammenhange steht mit einer Personalunion der wichtigsten Zweige der Reichsverwaltung und der preussischen Verwaltung.

— Der dem Bundesrath zugegangene Gesetzentwurf, betr. die Gewerbegerichte, wird nun von der „Magd. Stg.“ im Wortlaut mitgetheilt. Derselbe lautet in seinem ersten Abschnitt (Einführung von Gewerbegerichten) wie folgt:

§ 1. Für die Entscheidung von Streitigkeiten zwischen Gesellen, Gehilfen, Fabrikarbeitern oder Lehrlingen und ihren Arbeitgebern können Gewerbegerichte eingesetzt werden. Die Einsetzung erfolgt durch Ortsstatut nach Maßgabe des § 142 der Gewerbeordnung. Soll das Gewerbegericht für mehrere Gemeinden eingesetzt werden, so wird das Ortsstatut für jede dieser Gemeinden abgefaßt. Bilden die Gemeinden einen Kommunalverband, so erfolgt die Einsetzung nach Maßgabe der Vorschriften, nach welchen die gemeinsamen Angelegenheiten des Verbandes statutarisch geregelt werden. Die Einsetzung eines Gewerbegerichts kann durch Anordnung der Landes-Zentralbehörde erfolgen, wenn einer an die beteiligten Gemeinden ergangenen Aufforderung ungeachtet innerhalb der gesetzten Frist die Einsetzung auf dem in Absatz 2 und 3 vorgegebenen Wege nicht erfolgt ist.

§ 2. Die Zukunftsgeit der Gewerbegegerichte umfaßt, ohne Rücksicht auf den Werth des Streitgegenstandes: 1) Streitigkeiten, welche aus dem Antritt, die Fortsetzung oder die Auflösung des Arbeitsverhältnisses, auf die Ausbändigung oder den Inhalt des Arbeitsbuchs oder Arbeitszeugnisses sich beziehen. 2) Streitigkeiten über Leistungen oder Entbändigungsansprüche aus dem Arbeitsverhältnis.

§ 3. Die sachliche Zuständigkeit der Gewerbegerichte kann auf bestimmte Gewerbebezüge oder Fabrikbetriebe, die örtliche auf bestimmte Theile des Gemeindebezirks beschränkt werden. Die Landes-Zentralbehörde kann die örtliche Zuständigkeit eines von ihr eingesetzten Gewerbegerichts ausdehnen. Die beteiligten Ortsbehörden sollen zuvor gehört werden.

§ 4. Die Grenze der Zuständigkeit (Paragraph 3), so wie die Bildung des Gerichts nach Maßgabe der Bestimmungen dieses Gesetzes ist durch das Statut oder durch die Anordnung der Zentralbehörde zu regeln.

§ 5. Die Kosten der Einrichtung und der Unterhaltung des Gerichts sind, so weit sie in dessen Einnahmen ihre Deckung nicht finden, von der Gemeinde zu tragen. Soll die Zuständigkeit des Gerichts nicht auf einen Gemeindebezirk beschränkt sein, so ist bei der Festsetzung dieser Zuständigkeit zu bestimmen, zu welchen Theilen die einzelnen Bezirke an der Deckung der Kosten Theil nehmen. Gebühren, Kosten und Strafen, welche in Gemäßheit dieses Gesetzes zur Erhebung gelangen, bilden Einnahmen des Gerichts.

Der zweite Abschnitt (§§ 6–18) handelt über die Einrichtung der Gewerbegerichte und das Verfahren vor denselben. Der dritte Abschnitt (§§ 19–23) enthält Schlußbestimmungen und lautet:

§ 19. Wo Gewerbegerichte nach Maßgabe dieses Gesetzes nicht bestehen, kann in Streitigkeiten der in § 2 unter 1 bezeichneten Art Klage vor dem Gemeindevorsteher erhoben werden. Die Gegenseite hat sich auf die Klage einzulassen. Zuständig ist der Vorsteher der Gemeinde, in deren Bezirk der Arbeitsvertrag rüchlich der Leistungen der Arbeit seinen Erfüllungsort hat. Der Gemeindevorsteher hat das Verfahren nach den in gleichen Rechtsstreiten für den Vorsitzenden des Gewerbegerichts maßgebenden Bestimmungen zu leiten. Seine Entscheidung geht in Rechtskraft über, wenn nicht von einer der Parteien binnen drei Tagen nach der Zustellung oder der in Gegenwart der Parteien erfolgten Verlinigung Klage bei dem zuständigen Gericht erhoben ist. Die Entscheidung ist nach Maßgabe des § 16 vollstreckbar. Der Gemeindevorsteher kann die Wahrnehmung der ihm hiernach obliegenden Geschäfte mit Genehmigung der höheren Verwaltungsbehörde einem Stellvertreter übertragen. Derselbe muß aus der Mitte der Gemeinde-Verwaltung oder Gemeinde-Vertretung und auf mindestens ein Jahr berufen werden. Die Berufung ist bekannt zu machen.

§ 20. Bis zum Inkrafttreten des Gerichtsverfassungsgesetzes sind für die gegen die Entscheidungen der Gewerbe-Gerichte zulässigen Rechtsmittel diejenigen Gerichte zuständig, welche über die in den geringfügigsten bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten eingelegten Rechtsmittel zu entscheiden haben.

§ 21. Die Bestimmungen dieses Gesetzes finden keine Anwendung: 1. auf Streitigkeiten der Kaufleute und Apotheker mit ihren Arbeitern; 2. auf Streitigkeiten der Vorstände der unter öffentlicher Verwaltung stehenden Betriebsanlagen mit den in den letzteren beschäftigten Arbeitern.

§ 22. Die Verfassung und die Zuständigkeit der auf Grund der bestehenden landesgesetzlichen Bestimmungen zur Entscheidung von Streitigkeiten der in § 2 bezeichneten Art berufenen, besonderen Gerichte werden durch dieses Gesetz nicht berührt.

Auf der Tagesordnung des Abgeordnetenhauses am nächsten Mittwoch werden sich voraussichtlich eine Reihe von Angelegenheiten zusammensinden, welche von der Centrumsfraction oder auf deren Betreiben an das Haus gebracht sind, um im Lande die Agitation und auf der Tribüne die Kulturen zu fördern nicht stoden zu lassen. Die nationalliberalen „Berl. Aut. Corr.“ zählt diese Angelegenheiten auf und äußert sich wie folgt:

Es handelt sich zunächst um Petitionen, von welchen ein Theil nur die Wiederholung der bekannten im letzten Herbst durch den Grafen Droste-Bischoff und Genossen beim Kultusminister eingereichten Beschwerden betrifft. Das Volksschulwesen betreffend bilden. Die Unterrichtscommission hat diese Petitionen einer eingehenden Erörterung unterzogen; das Ergebnis derselben liegt in einem sehr sorgfältig abgefaßten Bericht des Abgeordneten Richter (Sangerhausen) vor. Es wird bei der Diskussion dieses Berichtes im Hause die Frage des Religionsunterrichtes in den Volksschulen, die ja im Hinblick auf das zukünftige Unterrichtsrecht von einer weittragenden Bedeutung ist, zur prinzipiellen Erörterung gelangen. Wenn von Seiten der Zentrumspartei die Diskussion nicht absichtlich auf andere Gebiete hinübergeleitet wird, darf erwartet werden, daß dieselbe einen durchaus sachlichen Verlauf nimmt. Die Kommission hat den Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung über die Petitionen gestellt; das Haus wird, indem es ein Gleiches beschließt, damit von Neuem zu erkennen geben, daß es der Auffassung der Staatsregierung zustimmt, wonach auch die römisch-katholischen Staatsbürger in der freien Ausübung ihrer Religion an die Rechtsordnung des Staates gebunden sind und daß die letztere vor allem von den Geistlichen und Bischöfen anzuerkennen und zu befolgen ist. — Eine andere Reihe von Petitionen katholischer Kirchenvorstände in der Diözese Münster führt wiederholt darüber Beschwerde, daß die zur Verwaltung des bischöflichen Vermögens seitens des Ministers der geistlichen Angelegenheiten ernannten Kommissarien von den Kirchenvorständen die Einreichung des Inventars über das Kirchenvermögen und des Etats verlangten und daß dieselben gegen die Kirchenvorstände Exekutivstrafen androhten und festsetzten, sobald ihrem Verlangen nicht entsprochen werde. Es hat die Erörterung dieser Beschwerde insofern zu einem Punkte von prinzipieller Bedeutung geführt, als darin die Frage aufgeworfen wird, ob die Kommissarien für die bischöfliche Vermögensverwaltung überhaupt befugt sind, gegen die Kirchenvorstände Exekutivstrafen zu verhängen. Die Kommission ist zu der Ansicht gelangt, daß diese Frage zu verneinen sei, weil die fragliche Befugnis den Kommissarien durch das Gesetz vom 20. Mai 1874 über die Verwaltung erledigter Bistümer nicht ausdrücklich beigelegt sei und demgemäß der Art. 8 der Verfassung Platz greife, nach welchem „Strafen“ nur in „Gemäßheit des Gesetzes“ angedroht oder verhängt werden dürfen. Jedenfalls handelt es sich dabei nur um einen formalen Rechtsgrund und wenn das Abgeordnetenhaus der Kommission beitrifft, wird gleichzeitig doch die Bereitwilligkeit betont werden, die Klage in dem Gesetze vom 20. Mai 1874 zu ergänzen. Wenn die Kommissarien für die bischöfliche Vermögensverwaltung das Recht haben, von den Kirchenvorständen die Einreichung des Inventars über das Kirchenvermögen und des Etats zu verlangen, so müssen ihnen auch die Mittel in die Hand gegeben werden, um dieses Recht wirksam ausüben zu können, d. h. Exekutivstrafen für den Fall, daß ihren Anforderungen nicht Folge geleistet wird, androhen und zu verhängen. — Der dritte Gegenstand, welchen das Zentrum auf die Tagesordnung des Abgeordnetenhauses gesetzt hat, ist der Antrag, welcher sich auf die Sperrung der marpinger Wunderquelle bezieht und verlangt, daß die betreffenden Polizeibehörden für unzureichend erklärt und die der Gemeinde Marpingen dafür auferlegten Kosten zurückgezahlt werden. Von Seiten der Antragsteller ist man ersichtlich bemüht gewesen, die Sache rein vom Standpunkte der Sicherheitspolizei aus anzufassen und die eigentliche Veranlassung, zu diesen Sicherheitsmaßnahmen in den Hintergrund zu drängen. Die Antragsteller werden diese Absicht jedoch nicht erreichen; die Diskussion im Hause wird das marpinger Wunder selber in Betracht ziehen und es wird dabei die Rolle, welche diesen „Wundern“ in der ultramontanen Agitation zugewiesen ist, eine scharfe Beleuchtung erfahren. Die Antragsteller können dafür niemand anders als sich selber verantwortlich machen.

— Ueber die zwischen dem Oberkirchenrath und dem Vorstand der Berliner Kreissynode noch immer bestehenden Differenzen schreibt das „Tagebl.“:

Als der Oberkirchenrath seinen vielbesprochenen Erlaß an den Vorstand der vereinigten Berliner Kreissynode gerichtet, einigten sich die gewählten Mitglieder dieses Vorstandes dahin, ihren Vorstehenden um Aenderung einer Vorstandsbesitzung zu ersuchen, damit man Gelegenheit habe, zu der Eröffnung des Oberkirchenraths Stellung zu nehmen, resp. eine Erwiderung darauf zu beschicken. Der Vorstehende, General-Superintendent Dr. Brückner, ließ sich insofern auf dieses Gesuch nicht ein und stützte seine Ablehnung besonders auf formelle Gründe. Da man diese aber nicht als stichhaltig ansehen konnte, die gewählten Vorstandsmitglieder es auch mit ihrer und der Würde der Synode nicht für vereinbar hielten, jene harten und unbegründeten Vorwürfe des Oberkirchenraths ruhig hinhnehmen, zumal der Kultusminister Dr. Falk selbst sie als eine „müßigste Verfügung“ charakterisiert hatte, so forderten sie Herrn Brückner abermals um Einberufung des Synodalvorstandes auf und übermittelten ihm gleichzeitig den Entwurf einer Antwort an den Oberkirchenrath, worin sie die Vorwürfe und Anschuldigungen desselben als gänzlich unbegründet mit aller Entschiedenheit zurückwiesen. Aber auch dieses abgemessene Gesuch hat Herr Dr. Brückner, wie wir hören, abgelehnt. In einem vom 5. Januar datirten Schreiben an die betreffenden Vorstandsmitglieder der hiesigen Stadtsynode erklärt er, bei seinen früheren Gründen stehen bleiben zu müssen und demzufolge den Vorstand nicht eher einberufen zu können, als bis das Konfistorium die provisorische Geschäftsordnung ausgearbeitet habe, zu deren Abfassung es vom Oberkirchenrath beauftragt sei. Nun bestreiten aber die Mitglieder des Synodalvorstandes der Kirchenbehörde überhaupt das Recht, eine Geschäftsordnung oktroyiren zu dürfen, da die Festsetzung derselben nach § 3 des Regulativs lediglich der Synode zustehe, und sind demzufolge entschlossen, auf Grund einer oktroyirten Geschäftsordnung niemals in die betreffenden Beratungen einzutreten. Beharrt also das Kirchenregiment bei seiner Auffassung, so ist einstweilen nicht abzusehen, wie man aus den Differenzen herauskommen will. Uebrigens werden die gedachten Synodalvorstandsmitglieder nunmehr den gesamten Sachverhalt und ihre Entgegnung zur Veröffentlichung bringen, nachdem es ihnen unmöglich gemacht ist, sich und die Synode auf dem Wege zu rechtfertigen, den sie ursprünglich für den angemessensten hielten.

— Zum ersten Male hat wie berichtet wird, der Handelsminister unterm 5. v. M. eine Konzeption zur Beförderung von Auswanderern nach dem Cap der guten Hoffnung bewilligt und dabei Folgendes angeführt: Die bisherige Erfahrung hat gelehrt, daß die den deutschen Auswanderern in der Capkolonie zugewiesenen Landstrecken, obgleich kulturfähig doch erst durch Entfernung von Buschwerk, durch Ummantelung und Düngung urbar gemacht werden müssen und deshalb vor Ablauf von 12 bis 18 Monaten keinen Ertrag geben, auch die Wohnungen von den Ansiedlern selbst erst herzustellen sind, gleichfalls dafelbst nur der an große Arbeit gewöhnte wirkliche Landarbeiter Verwendung finden kann, für andere dagegen, namentlich Kunsthandwerker keine angemessene Beschäftigung vorhanden ist, während gerade Personen der letzteren Kategorie vielfach unter der offenbar behufs Theilnahme an der Vergünstigung freier Ueberfahrt fälschlich angenommenen Bezeichnung „Agriculturn“ dorthin gekommen sind. Zur Vermeidung der in Folge dessen mehrfach hervorgetretenen Mißthimmung und Enttäuschung ist deshalb an die Konzeption ausdrücklich die Bestimmung geknüpft worden, daß bei der Beförderung von Auswanderern nach dem Cap in geeigneter Weise für rechtzeitige Aufklärung der Auswanderer über jene Thatfachen und die wirklichen Bedingungen ihrer Ansiedelung durch die Agenten Vorsorge getroffen werde, auch diese Bedingungen in einer, jeden Zweifel ausschließenden deutlichen Fassung dem Passagierschein beigelegt werden. Die Aufklärung muß erfolgen, ehe die Auswanderer ihre Verhältnisse in der Heimath lösen.

Wahlungen. 8. Januar. Bekanntlich ist bei der hiesigen Wahl zum Abgeordnetenhaus der konservative Baron Winterhagen mit 22 Stimmen Majorität gewählt worden. Dieses Resultat wird dem Verhalten der Liberalen zugeschrieben. Man schreibt der „K. V. Z.“: „Wenn der vom Komitee aufgestellte Kandidat der Liberalen Herr Schmidt-Ballhorst auch im möhringer Kreise wenig

bekannt war, so hätte doch schon aus Interesse zur Partei jeder Wahlmann zur Wahl erscheinen und seine Stimme abgeben müssen. Was thäten aber einige mit Mandat betraute Wahlmänner der liberalen Partei? Sie traten zum Wahltag eine Jagd, luden benachbarte Wahlmänner dazu ein und bitteten auch diese noch vom Erscheinen bei der Wahl ab! Nach Ungültigkeitserklärung einer Stimme fehlten bei der Wahl 45 — sage fünf und vierzig! — größtentheils der liberalen Partei und dem hiesigen Kreise angehörende Wahlmänner.“

Deutsch-Krone. 9. Januar. [Kein Orgelspiel.] In unserer katholischen Kirche schweigen gegenwärtig alle „Füßen.“ Der Kirchenvorstand hat nämlich einen neuen Organisten Rakiska angenommen. Dieser Organist ist aber nicht nach dem Herzen unseres Pfarrers Wurst und so hält letzterer die Messe ohne Orgelbegleitung ab und will dies solange thun, bis der Kirchenvorstand einen anderen Organisten annimmt. Ob der Kirchenvorstand nachgehen wird, weiß man nicht.

Post. 8. Januar. Der Prozeß gegen den ungarischen Omladin Miletics wegen Hochverrath ist heute vor dem hiesigen Strafgericht verhandelt, wenn auch noch nicht beendet worden.

Von Seite des Gerichtes, waren zwölf Zeugen zumeist aus Neusatz und Belgrad vorgeladen worden, um die Anklage zu erhärten, während der rührige Verteidiger und Gestaltungsgegner des inhaftirten Miletics, der Reichstagsabgeordnete Dr. Michael Polit, an fünf und zwanzig Entlastungszeugen aus denselben Städten genannt hatte, welche gleichfalls gerichtliche Vorladungen erhalten hatten. Das bekannte Kaffeehaus im Hotel zur „Königin von England“, seit jeder der Sammelplatz durchreisender Serben, diente auch diesem „Zeugenverein“ zum Rendezvous. Im Sinne des Anklagebeseitigers, gegen welchen Miletics, um die definitive Erledigung des Prozesses nicht zu verzögern, nicht appellirt hat, wurde Miletics nach §. 7 v. J. 1715 wegen Hochverraths in Anklagestand versetzt, indem es bewiesen sei: „daß durch ihn seit Jahren unter den ungarländischen Serben Völkereien unterhalten wurden, in Folge deren Viele, ihre Verpflichtung vergebend, zum serbischen Heere hinüberflüchteten. Eine Folge dieser Völkereien war es, daß im Volke Begräbnisse erregt wurden, kraft deren das Volk den Schwerpunkt seiner Nationalität in einem anderen Staate aufzufinden glaubte. Die Anwerbungen für die serbische Armee stiegen im Gegenzug zu unserer Neutralität, und den Feinden dieser Neutralität schwebt direkt die Verflüchtung des ungarischen Staatsgebietes vor Augen. Diese Strebungen führen zur Störung sowohl des innern wie des äußeren Friedens.“ Motivirt wurde die Anklage insbesondere durch folgende Thatfachen:

1. Vor Ausbruch des serbisch-türkischen Krieges Anfangs Juni 1876 hielt Miletics in einem zu Belgrad im Hotel zum „König von Serbien“ abgehaltenen Konventikel der Omladinanführer (auch Lazar Kostics) befand sich unter denselben eine Rede, in welcher er umständlich alle Vorbereitungen darlegte, welche nach ausgebrochenem Kriege zu einem Aufstande in Südungarn führen sollten. Das Endziel der Bestrebung sei die Vereinigung Südungarns mit Serbien. Zu diesem Zwecke mögen Freiwillige und Geld gesammelt werden, jeder serbische Notar, Schullehrer, Geistliche u. s. w. möge sich an die Spitze der Agitation stellen. Miletics nannte (so behaupten wenigstens die Belastungszeugen) alle jene Städte, wie Beckereke, Neusatz, Kuma, Esseg u. s. w., in denen der Aufstand gleichzeitig ausbrechen würde.

2. Nach seiner Rückkehr aus Belgrad forderte Miletics in der „Zastava“ alle ungarischen Serben zur thätigen Unterstützung ihrer „Brüder“ gegen die Türken, wer nicht mitkomme, sei ein Verräther, die durch den Eid (als Soldaten) gebunden werden, mögen sich bei ihrem Gewissen Rath holen. Miletics weichte auch den Sparfassen-Buchhalter Kornel Joannowics in die Geheimnisse seiner bei Fürst Milan angenommenen Audienz ein und entsandte ihn als reisenden Agitator, damit er die dem Fürsten Milan gegebenen Versprechungen, aus Ungarn Geld und Freiwillige zu senden, nachzukommen im Stande sei.

3. Dr. Miletics stand seit Beginn der bosnisch-herzegowinischen Unruhen in intimer Korrespondenz mit den Leitern der Bewegung und aus dem Inhalte dieser Briefe ergibt sich die Thatfache, daß Miletics auch für diesen Aufstand Geld, Waffen und Streiter sammelte.

4. Miletics, erwiesenermaßen Präsident der Omladina, ist für die seit 1870 geführende Verbreitung einer Vereinsmedaille der Omladinisten verantwortlich. Auf dieser Medaille sind außer dem in einem Kranz eingeflochtenen Porträt des Miletics die Namen der folgenden Länder enthalten, als: Montenegro, Bosnien, Herzegowina, Serbien, Kroatien, Slavonien, Banat.

Die Verhandlung währte bis 2 Uhr. Der Belastungszeuge Rankovics stand mit seinen Angaben allein. Seinen Aussagen widersprechen alle heute vernommenen Zeugen und die verlesenen Protokolle. Ein außerordentlicher, hier nicht erschienener Zeuge, Namens Timarcsevics, ein Schneider aus Belgrad, sagte vor dem beckerkef Gerichte identisch mit Rankovics aus, zog jedoch später seine belastende Aussage zurück, indem er erklärte, Rankovics habe ihn verlockt und bestochen, gegen Miletics auszusagen. Timarcsevics ist seither in Belgrad gestorben. Rankovics beharrt trotz alledem fest bei seiner Aussage. Er erklärt, alle Zeugen seien Omladinisten.

Parlamentarische Nachrichten.

* Der dem Hause der Abgeordneten zugegangene Entwurf eines Gesetzes, betreffend Veränderungen der Grenzen der Provinzen Preußen und Pommern, sowie einiger Kreise in den Provinzen Brandenburg und Sachsen, lautet: § 1. Die zum Kreise Drumburg und der Provinz Pommern gehörigen Landgemeinden Zadow und Alt-Lobitz, sowie der Gutsbezirk Zadow werden unter Abtrennung von ihrem bisherigen Kreis- und Provinzialverbande dem Kreise Deutsch-Krone und der Provinz Preußen, — unter gleichzeitiger Vereinigung mit den zu den letzteren gehörigen Landgemeinden und dem Gutsbezirk gleichen Namens zu einer Landgemeinde und einem Gutsbezirk, — zugeschlagen. § 2. Es werden 1) in der Provinz Pommern die Gutsbezirke Bekwitz, Teichlipp, Varzin, Wuslow, Wisdow B. und Wendisch-Buddiger mit dem Vorderen Wisdow A., sowie die Landgemeinden Bekwitz, Varzin, Wuslow und Wendisch-Buddiger, unter Abtrennung vom Kreise Schlema, mit dem Kreise Rummelsburg, 2) in der Provinz Sachsen die Landgemeinden Ratheitz, Scheipitz, Giedau und Pohlitz, unter Abtrennung von dem Kreise Weißenfels, mit dem Kreise Naumburg vereinigt.

Lokales und Provinzielles.

Wien. 12. Januar.

1. Das Grundstück der alten Landschaft an der Ecke der Friedrichs- und Wilhelmstraße ist bekanntlich von den Provinzialständen zur Unterbringung der provinziellen Institute angekauft worden; die alte Landschaft hat die bereits ausgezahlte Kaufsumme zu verzinsen und das Grundstück mit dem völligen Erlösen der Geschäftstätigkeit der alten Landschaft zu übergeben; für die bis dahin bereits von provinziellen Instituten (der Provinzial-Feuer-Societät und der Provinzial-Institute-Kasse) im Landschaftsgebäude innegehabten Räumlichkeiten wird seitens der Provinzialstände Miethe gezahlt. Da nun die von der alten Landschaft noch benutzten Räumlichkeiten erst mit Ablauf d. 3. frei werden, so daß die definitive Uebergabe des Grundstücks demgemäß erst Ende d. J. erfolgen wird, so verbleiben die übrigen provinziellständischen Institute, insbesondere die provinziellständische Schauffeeverwaltung, bis dahin noch im Regierungsgebäude,

wo sie sich bisher befunden haben. — Der mit den Funktionen eines Provinzial-Begehrathes zunächst kommissarisch betraute Kreis-Baumeister Wolff aus Rawitsch ist seit Anfang d. J. in sein neues Amt eingetreten. Da nach einem Reskript des Handelsministers die königlichen Kreis-Baumeister nur noch bis zum 1. April d. J. provisorische Bege-Baumeister als Bege-Bau-Inspetoren für die Lokalverwaltung der Provinzial-Schauffeen angestellt werden.

— **In Bezug auf die polnische Legion** brachte vor einiger Zeit die „Königliche Zeitung“ die Nachricht, daß die Grafen Brzomski und Raczyński im türkischen Lager zu Kasgrad eingetroffen seien und zur Reubelegung der Legion 4 Millionen Frs. zur Verfügung gestellt hätten. Diese Mittheilung wird der „Osteztg.“ von hier dahin berichtet: Zunächst giebt es, so viel hier bekannt, keinen polnischen Grafen Brzomski, und auch der unferer Provinz angehörige Graf Eduard Raczyński — denn dieser kann hier nur gemeint sein — wird fälschlich als Theilnehmer an der Ueberbringung der frohen Botschaft von der in einer Banat deponirten Summe von 4 Millionen Franken für die polnische Legion nach Kasgrad genannt. Graf R. verheiratete sich im Frühjahr v. J. mit einer Gräfin v. Krasinska, unternahm dann mit seiner Gemahlin eine Hochzeitsreise nach Spanien, von der er erst im August auf sein Stammsitz Kasgrad (Kreis Schrimm) zurückkehrte. Von einer bald darauf mit seiner Gemahlin nach Polen unternommenen Reise traf er erst Mitte November auf seinem Stammsitz ein und hat sich, wie man hier polnischseits bestimmt weiß, seitdem von dort nicht entfernt. Uebrigens ist der Graf ein entschiedener Aristokrat und Anhänger der ultramontanen Partei und würde sich in keinem Fall an einem Unternehmen betheiligen, das bis jetzt nur von der radikalsten polnischen Partei unterstützt wird. Die so oft aufgewärmte Fabel von den deponirten 4 Millionen Franken wird übrigens durch die von allen polnischen Blättern bestätigte Thatfache widerlegt, daß gerade am Geldmangel das Projekt der Legion gescheitert ist.

— **Schroba.** 6. Januar. [Erhängt.] Vorgefunden wurde der hiesige Tagelöhner Lubawa, 52 Jahre alt, durch einen Strick seinem Leben ein Ende. Arbeitsmangel und Noth sollen den Grund zu diesem Selbstmorde abgegeben haben.

— **Karge.** 10. Jan. Der in der Familie des Brauereibesizers Dieß in Unruhstadt und unter denjenigen Personen, welche von dem trichinenhaltigen Fleische genossen hatten, ausgebrochenen Trichinose, sind bis jetzt drei Menschenleben zum Opfer gefallen: Die Frau des B., eine noch jugendliche Frau, Mutter dreier Kinder, und zwei Arbeiterfrauen im Alter von 30½ Jahren mit Hinterlassung von zwei bezüglichen Kindern, während Herr B. selbst, sein Stiefsohn und seine Schwägerin, der Fleischermeister S., der das Schwein geschlachtet und zwei Ferklinge des B., die jedoch der Pflege ihrer Eltern übergeben werden mußten, schwer krank darniederliegen. Es ist ein eigenbüßliches Verhängniß, daß die beiden verstorbenen Arbeiterfrauen, Zwillingsschwester, in einer Stunde geboren, vor 5 Jahren in ein und derselben Woche und Kirche getraut, an derselben Krankheit in ein und derselben Woche gestorben und gestern in einem Grabe beerdigt worden sind. Die Kranken im B.'schen Hause werden gegenwärtig von einer posener Diakonissin gepflegt. Meinen Bericht vom 23. Decbr. v. J. in Nr. 913 der Zeitung muß ich dahin berichtigen, daß die qu. Trichinose selbstverständlich von dem betreffenden Arzte erst nach erfolgter Feststellung des Vorhandenseins von Trichinen in dem Schweinefleisch durch den Fleischebschauer Apotheker Gabel hier konstatiert werden konnte.

— **Krotoschin.** 10. Januar. [Kirchliches. Mafern.] In der um die Mitte v. Mts. stattgefundenen Sitzung des Gemeindefiskalraths und der Gemeindevorstellung der hiesigen evangelischen Kirche wurde Professor Schönborn zum Kirchenältesten und Oberamtmann E. Scholz aus Brzoga zum Mitgliede der Gemeindevorstellung gewählt. — Die von den kirchlichen Gemeindeorganen beschlossene hypothekarische Ausleihung von Ablosungs-Kapitalen der Kirche ist von dem Konfistorium nur so weit genehmigt worden, als das Darlehen nicht den 15fachen Betrag des Grundsteuer-Reinertrages des zu verpfändenden Grundstücks übersteigt. Infolge dessen sind der Kirche noch einige Posten übrig geblieben, welche anderweitig auf sichere Hypotheken vorliehen werden können. — Wegen der in unserer Nachbarschaft Koschmin unter den Kindern heftig auftretenden Masernkrankheit mußte zunächst die jüdische Elementarschule geschlossen werden. Bislang ist der Krankheitsverlauf ein normaler.

— **Ostrowo.** 10. Januar. [Gerichtliches.] Es werden hier schon Anstalten zur Errichtung des zukünftigen Landgerichtsgebäudes getroffen. Die zuständige Behörde beabsichtigt die links an das Kreisgerichtsgebäude anstoßenden beiden mehr oder weniger baufälligen Grundstücke zwecks Erweiterung des letzteren käuflich an sich zu bringen. Sollten die Besitzer zu hohe Preise für ihre Grundstücke fordern, ist eventuell auf Erhöhung des Gerichtsgebäudes um ein resp. zwei Stockwerke Bedacht genommen worden.

— **Bromberg.** 10. Januar. [Versuchter Selbstmord.] Gestern Nachmittag versuchte der Arbeiter Kowalski von hier sich an der Danziger Brücke in der Bräbe durch Ertränken das Leben zu nehmen. Er war zu verschiedenen Malen in das Wasser hineingegangen, aber von anderen Personen stets wieder herausgeholt worden. Endlich erliefen ein Polizeibeamter der ihn arretirte. Das Motiv zu diesem Selbstmordsversuch soll Eifersucht sein. (Br. 3.)

Aus dem Gerichtssaal.

— **Ostrowo.** 9. Januar. [Schwurgericht: Vorsatzliche Brandstiftung.] Der am 7. unter dem Vorsitz des Kreisgerichts Rath Hausleuthner aus Rawitsch abgehaltenen ersten Sitzung der diesjährigen Schwurgerichtsperiode lag heute die Untersuchungsfrage gegen den Tagelöhner Joseph Raczyński zur Verhandlung vor. Der Angeklagte, 36 Jahre alt, katholisch, nicht Soldat gewesen, schon wegen schweren Diebstahls bestraft, ohne Vermögen, war angeklagt, in der Nacht vom 30. Juni zum 1. Juli 1877 das Gehöft des Wirths Andreas Borowicz zu Wisdowa, Kreis Schildberg, vorsätzlich in Brand gesetzt zu haben und zwar, indem er einen mit den Wirthschaftsgebäuden und dem Wohnhause des Beschädigten in naher Verbindung stehenden Strauchhaufen in Brand gesteckt und durch den Brand der Tod des Diensthjungen Wojciech Feige, der zur Zeit der That sich in einem der in Brand gesetzten Gebäude befand, verursacht hat. Da der Brand des abgelegenen Gehöfts in der Nacht zwischen 12—1 Uhr stattfand, wo bereits alle Bewohner im tiefen Schlafe lagen, so wurden dieselben es erst gewahr, als, wie der abgebrannte Wirth Borowicz ausfragt, die an den Strauchhaufen stoßende Scheune und der daran liegende Stall bereits niedergebrannt waren und auch das Wohnhaus schon brannte, so daß sich eine Person durch das Fenster retten mußte, so konnte nichts gerettet werden und die gesamte Habe an Kleibern, Haus- und Wirthschaftsgeräth sowie das gesamte Vieh u. ein Raub der Flammen wurden und auch der vorgeannte Diensthjunge, der in dem mitabgebrannten Pferde- und Kindviehstalle schlief, im Feuer umkam. Daß das Feuer, durch welches das ganze Gehöft des Borowicz total niedergebrannt, seine Habe verhehrt und auch ein Mensch getödtet worden ist, durch ruchlose Hand verursacht worden, war außer Zweifel. Wie die Anklage darstellt und der Gang der Verhandlung klarlegt, hat der Angeklagte Raczyński das Gehöft angezündet und zwar aus Rache gegen den Borowicz, weil dieser ihn, als er bei ihm wohnte, wegen fälschlichen WeSENS aus dem Hause gewiesen. Mehrfach von ihm ausgesprochene Drohungen gegen den Beschädigten legen das Motiv außer Zweifel. Raczyński leugnet durchweg. Er will in der betreffenden Nacht gar nicht in der Nähe des Gehöfts gewesen sein, auch von dem Feuer nichts gesehen, sondern während dessen total betrunken in einem trockenen Graben gelegen haben. Er ist von mehreren zum Feuer Herbeieilenden im Morgen ohnweit der Brandstätte liegend bemerkt und von dem Einen derselben bestimmt erkannt worden. Am Abend vor dem Brande hat er in Gegenwart zweier mit ihm bekannter

Berlin, 11. Januar. Wind: N. — Barometer: 28,5^o. —
Thermometer: 5^o R. — Bitterung: Kalt.

ohne Tag 49,3 bezahlt, per diesen Monat 49,6—49,7 bezahlt
per Januar-Februar do. bez., April-Mai 51,6—51,4 bezahlt, per
Mai = Juni 51,8—51,6 bezahlt, Juni = Juli 52,7 bis 52,6 bezahlt,
Juli-August 53,7—53,6 bezahlt. — Mats per 1000 Kilo loco
alter 148—152 gef., do. neuer — gef., defekter moldauer —, def.
russischer —, geringer russ. — Roggenmehl Nr. 0 u. 1 per 100
Kilogramm Brutto infl. Cad. per diesen Monat 19,70 bezahlt, per
Januar = Februar do., per Februar-März 19,75 bez., per März-
April 19,85 bez., per April-Mai 19,95 bez. — Wehl Nr. 0 28,50
bis 27,50, Nr. 0 und 1 27,00—26,00. — Roggenmehl Nr. 0 22,75—
20,75. Nr. 0 u. 1 20,00—18,00 per 100 Kilogramm Brutto infl.
Cad. (S. u. S.-Stg.)

Beizen wenig verändert, per 1000 Kilo loco gelber geringer 160 bis 180 M., mittel 185–200 M., feiner bis 203 M., weisser geringer 160–190 M., mittel 192–205 M., feiner bis 210 M., per Frühjahr 206–206,5 M. bez., per Mai–Juni 207–208 M. bezahlt, per Juni–Juli 210 M. bez. — Roggen wenig verändert, per 1000 Kilo loco inländischer 126–137 M., russ. 131–136 M., per Januar–Februar 137 M. Br., per Frühjahr 139–139,5–140 M. bezahlt, per Mai–Juni 139–139,5 M. bez. — Gerste stille, per 1000 Kilo loco Braun= 158 bis 175 M., Futter= 128–145 M. — Safer Stille per 1000 Kilo loco alter 146–156 M., neuer 125 bis 140 M. bezahlt. — Erbsen geschäftlos, per 1000 Kilo loco Koch= 162–175 M., Futter= 140 bis 160 M. — Rüböl wenig verändert, per 100 Kilo loco ohne Faß flüssiges bei Kleinigkeiten 75,5 M. Br., kurze Lieferung — M. bez., per Januar 72 bis 72,5 M. bez., 72,25 M. Br., per April–Mai 72,5 M. Br., — Öl, per September–Okt.

Breslau, 11. Januar. [Amtlicher Produktenbörse-Bericht.]
 Roggen (p. 1000 Rlo.) geschäftlos, gel. — Etr., per Januar 131,00
 Markt Br. — per Januar-Februar 131,00 Markt Br. per April-Mai
 134,50 M. Gd. und Br. Mai-Juni 137 Markt Br. 136 M. Gd. — Juni-
 Juli — M. — Weizen gel. — Etr. per laufenden Monat 196 Markt
 Br. — April-Mai 204 M. Br. — Hafer: gel. — Etr. per laufenden
 Monat 121 Markt Gd. — Januar-Februar — per April-Mai 126 M.
 Gd. u. Br. — Rüböl geschäftlos, gel. — Etr., loco 72 Markt Br.
 Januar 71,50 Markt Br. Jan.-Februar 71,50 Markt Br. Februar-März
 71,50 Markt Br. April-Mai 70,50 Markt Br. — Mai-Juni 70,50 M.
 Br. — Spiritus (per 100 Liter a 100 %) geschäftlos, gel. 20,000
 Etr. — per Januar 47,60 Markt Gd. — per Januar-Febr. 47,60 Markt
 Gd. April-Mai 49,50 Markt Gd. — Zink ohne Umsatz.
 Die Börse-Kommission.

Wien,	am 10. Januar	Mittags	0,94	Peter.
"	" 11	"	1,10	"

rungen um einige Mark drückten. Dem entsprechend gaben auch die Spielpapiere nach und der Verkehr gestaltete sich wesentlich ruhiger als an den letzten Tagen. Diskontokommandit-Antheile und Laurabülite, russische Anleihen und Noten, sowie fremde Renten und Galizier gingen eine Kleinigkeit unter der höchsten gestrigen Notiz wenig lebhaft um. Rumänische Eisenbahnpapiere fanden bei überwiegender Verkaufsfluth zum Zweck von Gewinnstnahmen beste Beachtung. Der Votakmarkt lag still. Auch in Eisenbahn-Aktien war wenig Leben, doch erhielt sich günstige Stimmung. Bant- und Industrie-Papiere fanden nur vereinzelt Nehmer. Die Notirungen blieben ziemlich unverändert. Für Bergwerks-Aktien trat etwas bessere Meinung her-

vor. Anlagewerthe verhielten sich sehr still, bei fester Tendenz. Preussische Anleihen und Pfandbriefe, sowie Prioritäten fanden in kleinen Summen Nachfrage. Ausländische Eisenbahn-Obligationen bedangen meistens Kleinigkeiten mehr; österreichisch-ungarische wurden bevorzugt. Die zweite Stunde brachte eine kleine Abschwächung. — Per Ultimo notiren wir: Franzosen 437-8,50-434, Lombarden 132 bis 1,50, Kreditaktien 377-8,50-374, Disconto-Kommandit-Anteile 109,60 bis 9,75-8,50, Laurahütte 68-67,50, Rumänien 20,50 bis 21,30-21. Stettiner verloren 1, Hamburger 0,50, Harfört 2, Braunschweiger Kohlen zogen 1,25 an, Courl 1. Der Schluß war bei etwas niedrigeren Coursen fest.

Berlin, den 11. Januar 1878.	do. unl. rückz.	110 5	101,90	6
Preussische Fonds und Geld:	do. do.	100 5	100,75	b 6

Centralbl. f. Bauteile	4	4,75	b ³ G	Phönix B.-M. Lit. B.	4	22,00	b ³ G
Centralbl. f. Ind. u. P.	4	68,00	b ³ G	Redenhaff	4	3,90	B
Cent.-Genossenschaft	fr.	10,25	B	Rhein-Nass. Bergwerk	4	83,00	b ³ G
Cheuniger Bank-B.	4	77,50	b ³ G	Rhein-Weßfl. Ind.	4		
Coburger Credit-B.	4	69,00	b ³ G	Stobwasser Lampen	4	13,00	b ³ G
Cöln. Wechselbank	4	69,25	G	Union-Eisenwerk	fr.	0,60	G
Danziger Bank	fr.	25,00	B	Unter den Linden	4	15,25	G
Danziger Privatbank	4	106,50	B	Berl. Bau-B.	fr.	105,00	b ³ G
Darmstädter Bank	4	104,00	b ³ G	Thiesend (Duisburg)	fr.		
do. Zettelbank	4	95,75	G	Thiesener Bergwerk	4		
Deutscher Creditbank	4			Wöhler Maschinen	4	8,00	B

Nachen-Mafiricht	4	18,50	b ₃	Ⓢ
Altona-Kiel	4	26,50	B	
Bergisch-Blarische	4	71,40	b ₃	

do. Landesbank	4	107,00	b $\frac{1}{2}$ G
Deutsche Bank	4	91,50	b $\frac{1}{2}$
do. Genossensch.	4	84,75	B
do. Hyp.-Bank	4	91,00	b $\frac{1}{2}$ G
do. Reichsbank	4 $\frac{1}{2}$		
do. Unionbank	fr.	14,50	G
Disconto-Comm.	4	108,75	b $\frac{1}{2}$
do. Pro.-Discont.	4		
Gerar. Bank	4	71,25	G
do. Handelsbank	4	44,25	b $\frac{1}{2}$ G
Gen.-A. u. Schuster	4	1,00	G

Eisenbahn-Stamm-Actien.			
Nachn.-Masfrucht	4	18,50	b $\frac{1}{2}$ G
Altona-Kiel	4	126,50	B
Bergisch-Märkische	4	71,49	b $\frac{1}{2}$
Berlin-Anhalt	4	84,00	b $\frac{1}{2}$
Berlin-Dresden	4	9,20	b $\frac{1}{2}$
Berlin-Görth	4	12,00	b $\frac{1}{2}$ G
Berlin-Hamburg	4	174,50	b $\frac{1}{2}$
Berliner Nordbahn	fr.		
Gen.-A. u. Schuster	4	75,75	b $\frac{1}{2}$

Obligationen.		bb.	v. St.	gar. St.	
Nach.-Pflicht	41	91,25	B	da. von 1858,	60 4 99,75 G
				da. von 1862,	64 4

Gotthard Privatbank	4	84 00	⊗	Bri. - Porto. - Magdebo.	4	73 75	b ₃
do. Grundcredittbl.	4	100 75	b ₃ ⊗	Berlin - Stettin	4	106 40	b ₃
Hypothek. (Hübner)	4	100 50	⊗	Bresl. - Schyn. - Freibz.	4	60 50	b ₃
Königsb. Vereinsbank	4	83 25	⊗	Cöln - Wenden	4	87 50	b ₃
Leipziger Creditbank	4	104 50	⊗	do. Litt. B.	5		
do. Discountbank	4	71 25	⊗	Halle - Sorau - Guben	4	12 00	b ₃ ⊗
do. Vereinsbank	fr.			Hann. - Altenbeken	4	11 00	b ₃
do. Wechselbank	fr.	41 10	⊗	do. II. Serie	4		
Magdeb. Privatbank	4	104 50	⊗	Märktig - Posener	4	15 75	b ₃ ⊗
Mertens Bodencredit	4	66 75	⊗	Magd. - Halberstadt	4	103 75	b ₃ ⊗
do. Hypoth. - Bank	4	63 10	⊗	Magdeburg - Leipzig	4		
				do. do. Litt. B.	4		

do	do.	III. 4 ^t	93,00	⊗	Elisabeth-Westbahn	5	67,40	b ₂	B
do.	Duff. Elb.-Pr.	4			Gal. Karl-Ludwig.	1. 5	85,50	b ₂	B
do.	do.	II 4 ^t	98,30	⊗	do.	II 5	84,10	⊗	

Steininger Creditbank	72,75	b $\frac{1}{2}$	Wünstler-Gamml	4	
do. Hypothekensb.	94,00	⊘	Niederösl.-Märktisch	4	97,50 b $\frac{1}{2}$
Niederlausitzer Bank	79,00	⊘	Nordhausen-Erfurt	4	17,50 b $\frac{1}{2}$ ⊘
Norddeutsche Bank	134,00	⊘	Oberh. Litt. A. u. O.	3 $\frac{1}{2}$	18,90 b $\frac{1}{2}$
Nord. Grundcredit.	86,75	b $\frac{1}{2}$ ⊘	do. Litt. B.	4	112,25 b $\frac{1}{2}$
Oesterr. Credit.			do. Litt. E	5	
do. Deutsche Bank	fr.		Ostpreuss. Südbahn	4	33,00 b $\frac{1}{2}$
Ostdeutsche Bank	fr.		Pomm. Centralbahn	fr.	
Posener Spiritaction.	42,00	⊘	Regie Dder-Userbahn	4	93,40 b $\frac{1}{2}$ ⊘
Petersb. Discontobank	98,00	⊘	Rheinisch	4	103,75 b $\frac{1}{2}$
do. Intern. Bank	88,00	⊘	do. Litt. B. v. St. gar.	4	92,00 b $\frac{1}{2}$ ⊘
Posen. Landwirthsch.	45,00	b $\frac{1}{2}$ B	W. d. d. d. d. d. d.	4	8,90 b $\frac{1}{2}$

do.	do.	IV. 4	98,50	B	do.	do.	IV. 5	81,20	B
do.	Nordb. Gr. B.	5	102,60	B	Lemberg-Tzernow.		1.5	64,40	b. B
do.	Rubr.-Gr.-B.	4	98,00	B	do.		11.5	13,60	b. B

Vosener Prov.-Bank	4	100 50	⊗	Alpen-Klagenfurt	4	80 26	b3	⊗
Preuß. Bank-Anth.	4½			Stargard-Posen	4	100 75	b3	⊗
do. Bodencredit	4	96 00	b3	⊗	4	115 00	b3	⊗
do. Centralboden.	4	16 80	⊗	Düringische	4	90 25	b3	⊗
do. Hyp. Spielb.	4	120 50	b3	do. Litt. B. v. St. gar.	4	99 60	⊗	
Product.-Handelsbank	4	84 25	b3	do. Litt. O. v. St. gar.	4½	34 00	b3	⊗
Prov.-Gewerbbk.	4	18 00	⊗	Weimar-Græzer	4½			
Kittsch. Privatbank.	fr.	19	b3	⊗				
Sächsisch. Bank	4	100 50	b3	⊗				
do. Bankverein	fr.							
do. Creditbank	fr.	102 50	⊗					
				Albrechtshahn	5	15 75	⊗	
				Amsterd.-Rotterd.	4	114 80	b3	⊗
				Aussig-Leptitz	4	125 50	b3	⊗
				Baltische	4			
				Böhm. Westbahn	5	75 00	b3	⊗

do.	do.	III. 4	98,00	do.	IV. 5	94,60	do.
Berlin-Anhalt		4		Mähr.-Schles. Grzb.	fr.	12,00	do.
do.		4	99,75	Mainz-Ludwigshafen	5		

Quaßhauß, Hamb.	4	53,25	b ³	Brest-Grajewo	4	34,10	b ³ ⊗
Schlef. Bankverein	4	28,30	b ³ ⊗	Brest-Kiew	4		
Schlef. Vereinsbank	fr.	59,00	⊗	Dur-Wodenbach	4	18,10	b ³ ⊗
Südd. Bodencredit	4	11,75	b ³ ⊗	Eisfabr.-Westbahn	5	70,70	b ³ ⊗
Lehring'sche Bank	4	76,10	b ³ ⊗	Kaiser Franz Joseph	5	54,75	b ³ ⊗
Vereinsbank Düsseldorf	fr.	0,20	⊗	Galiz. (Karl Ludwig)	5	165,00	b ³
Industrie-Actien.							
Brauerei Pilsener	4	94,50	b ³	Gotthard-Bahn	6	43,20	b ³
Dannenberg Rattun	4			Kaschau-Oderberg	5	43,25	b ³
Deutsche Bauges.	4	60,00	⊗	Ludwigsh.-Rheinb.	4		
Deutsh. Eisenb.-Bau.	4	7,40	b ³ ⊗	Lüttich-Eimburg	4	18,00	b ³ ⊗
				Mannz-K Ludwigshafen	4		

do.	do. Lit. B.	4	81,00	⊗	do. Ergänzungen.	3	310,20	⊗
Berlin-Hamburg		4	94,90	⊗	Deherr.-Franz. Stsb.	5	96 90	b ₁ ⊗

Stfch. Stahl- u. Eisen.	4			Dersehl. v. St. gar.	72				
Dönnersmarckhütte	4	20,00	b ₃ G	Destr.-frz. Staatsbahn	4				
Dortmunder Union	4	4 20	b ₃ G	do. Nordwestbahn	5	187,50	b ₃ G		
Egell'sche Masch.-Act.	4	10,75	b ₃	do. Litt. B.	5	85,00	b ₃ B		
Erdmannsd. Spinn.	4	13,00	b ₃ B	Reichenb.-Parubitz	4	37,40	b ₃ B		
Flora f. Charlottenb.	4			Kronpr. Rudolfsbahn	5	50,80	b ₃ G		
Grift u. Rohm. Nähm.	4	30,00	G	Riasl-Wyas	5				
Gelentrich-Vergr.	4	90 00	G	Rumänier	4	20,50	b ₃		
Georg-Marienbütte	4	53 00	b ₃ G	Russisch. Staatsbahn	4	111,25	b ₃		
Gibernia u. Schamr.	4	42 50	b ₃ G	Schweizer Anionbahn	4	6 40	b ₃		
Immobilien (Berl.)	4	72,50	b ₃ G	Schweizer Westbahn	4	16,60	G		
Industrie Actien v.	4	CL 00	G	Südfranz. Romb.	4				

Berl.-Potd.-M. A. B.	4	93,00	⊘	Defl. Nordwstb. Litt. B.	5	63 30	b $\frac{1}{2}$ ⊘
do. do.	C. 4	92,00	b $\frac{1}{2}$	do. Goldpriorität.	5		

Stranitz, eisen-g.	4	61,00	b ₃ G				
Kauchhammer	4	16,00	b ₃ G	Turnau-Prag	4	33,25	b ₃ G
Kaurhütte	4	67,90	b ₃ G	Worarlberget	4	43,50	G
Kuife-Tiefbau-Bergw.	4	22,00	b ₃ G	Wien-Bach-Brinn	4	54,00	b ₃
Magdeburg. Bergw.	4	115,00	B				
do. Spiritfabrik	4						
Marienhütte Bergw.	4	57,00	B				
Masener Bergwerf	4						
Menden u. Ehw. B.	4	53,00	G				
Oberschlef. Eis.-Bed.	4	25,00	G				
Ostend	4						
Phönix B.-u. Lit. A.	4	36,00	G				

Eisenbahn-Stammprioritäten							
Altenburg-Reg.	4						
Berlin-Dröben	5	24,90	G				
Berlin-Görlitz	5	25,25	G				
Berliner Nordbahn	ix.						
Breslau-Warschau	4						
Chemn.-W.-Nordf.	r	37,00	G				

Berlin-Stettin	1.4		do.	do.	1872	5	63 25	b ₃	
do.	do.	11.4	93,25	⊗	Rap-Graz	Dr.-A.	4	69,00	b ₁ ⊗

und Verlag von W. Decker und Comp. (E. Kögel) in Josen.

do.	VI.	do.	4	93,25	do.	do.	neue	3
do.	VII.		4	99,60	do.	do.	1875	6
Brasil - Bahia - Bahia			4	96,00				

do.	do.	Litt. H	26		do.	do.	1878	6	
do.	do.	Litt. I	4	92,25 b ₃	do.	do.	Oblig.	5	77,75 l ₃ B
Göln-Minden		IV	4	94,20 h ₂ h ₂					76,57 h ₂

do.	do.	V1	38,20	b3	6	Charlow - 2. low. g.	5	82,40	b3	6
Halle-Soran-Tuben			5	101,30	b3	5	do. in 2fir. a 20,40	5		
do.	do.	do.	4	101,90	b3	5	Charlow - 2. ment. g.	5	79,00	b3

do.	do.	II.	4	92,00	3	Seitz-Boron., gar.	5	89,00	3
do.	do.	III.	4	93,25	bz	Koslow-Boron.	5	83,40	b ₃
Märktisch-Posener				4		Koslow-Boron. Nhl	5	71,10	b ₁ 6

do. do. de 1873	4	97,50 B	Rursl.-Riem, gar.	5	90,00 b $\frac{1}{2}$ B
do. Leipzig	4	100,60 b $\frac{1}{2}$	Lothom-Sewaff.	5	71 00 B

do.	do.	3	74,7	bz	Schuja-Ivanows	5	82,00	bz	Ⓔ
Nieder[sch]l.	Märk.	1.4	96,50	B	Bar[th]au-Teresp.	5	83,90	B	

do. do. III. conv. 2	94,50	do. III. 5	91,90	b ₃
Rordhausen-Erfurt 1. 5		do. IV. 5	81,09	b ₃